

38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.08.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Vergabe an externe Gutachter;  
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.07.2013  
Vorlage: 1116/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende berichtet zu der Anfrage, dass seitens der Verwaltung eine Liste mit 38 Positionen externer Gutachten erstellt wurde, beginnend mit Kleinbeträgen unter 100 € bis hin zu den Ausgaben für den Feuerwehrbedarfsplan und den Verkehrsentwicklungsplan in diesem Zeitrahmen. Die Zusammenstellung gestaltete sich teilweise schwierig, weil manche Ausgaben zeitlich gestreckt beauftragt und bezahlt wurden/werden oder die Verträge hierzu in einem anderen Zeitfenster als dem abgefragten geschlossen wurden.

Die Aufstellung wird nicht verlesen, sondern dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Seiler bittet für die SPD-Fraktion ergänzend dazu, diese Information auch als Unterlage an die KEF-Arbeitsgruppe weiterzugeben.

**Gegenstand: Holzbrücke zwischen Binsfeld und Sonnensee;  
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.07.2013  
Vorlage: 1117/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

**zu Frage 1:** *Wie ist der derzeitige Stand der Planungen hinsichtlich der Kosten für eine tiefer gelegene Brücke?*

Wie bereits in der Sitzung des BPA am 01.02.2012 dargestellt, bringt die vorgeschlagene Variante mit einer Tieferlegung der Brücke finanziell kaum Vorteile und sollte deshalb nicht weiter verfolgt werden.

**zu Frage 2:** *Wie viele Gutachten wurden seitens der Verwaltung seit 2011 in Auftrag gegeben?*

Insgesamt wurden 4 Gutachten hierzu erstellt, 2 davon finden sich auch in der Liste zu TOP 1 wieder.

**zu Frage 3:** *Welchen Prüfungsauftrag hatten die externen Gutachter?*

- a) Ingenieurtechnische Untersuchung der Stützfüße – Frank Rinn
- b) Faunistisches Gutachten Kreuzkrötenpopulation und andere Arten – Michael Höllgärtner
- c) Schadstoffgutachten Rückbau – IBES, Neustadt
- d) Baugrunderkundung und Gründungsgutachten für neue Brücke – IBES, Neustadt

**zu Frage 4:** *Zu welchen Ergebnissen sind die Gutachter bezüglich der Holzbrücke gekommen?*

- a) Nahezu alle hölzernen Bauteile sind durch holzerstörende Pilze verfault. Die beiden Längs-I-Träger aus Stahl sind stark korrodiert. Empfehlung: alle hölzernen Bauteile austauschen – entspricht faktisch einem Neubau.
- b) Vorkommen streng geschützter Arten sind nachgewiesen. Prüfung der verschiedenen baulichen Varianten - notwendige Ausgleichsmaßnahmen (Artenschutz/FFH) überkompensieren finanzielle Einsparungen bei Tieferlegung der Brücke oder Verfüllung/Verrohrung des Grabens.
- c) Schadstoffbelastung wurde nachgewiesen, Verwertung als Holzschnitzel sowie die Verbringung auf der Deponie ist nicht möglich; Beseitigung nur in entsprechenden thermischen Anlagen.
- d) Baugrunderkundung/Gründungsgutachten

**zu Frage 5:** *Wie hoch waren die finanziellen Ausgaben für die Vergabe an externe Gutachter? Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der Kosten.*

- a) 952,00 €
- b) 1.763,58 €
- c) 738,99 €
- d) 5.000,00 €

**zu Frage 6:** *Welche Formen der Sponsorensuche wurden seitens der Verwaltung durchgeführt?*

Sponsorenaufruf in der Presse über die "Rheinpfalz" am 27.07.2012

Weiter berichtet der Vorsitzende darüber, dass alleine die Absicherung der Brücke monatliche Kosten in Höhe von 1.000 – 1.300 € verursacht, weil diese immer wieder zerstört und umgangen wird. Man wird mit Blick auf diese Kosten über einen völligen Abriss der maroden Brücke nachdenken müssen. Haushaltsmittel für die Binsfeldbrücke werden evtl. in 2014 veranschlagt. Auch Herr C. Ableiter berichtet über massenhaften Missbrauch der gesperrten Brücke in den Sommermonaten.

Herr Hinderberger stellt die Kalkulation für die Kosten einer Tieferlegung der Brücke in Frage, die immerhin rund ein Drittel kürzer werden würde und bittet um Übermittlung dieser Kostenkalkulationen an die SPD-Fraktion zur Prüfung. Der Vorsitzende schlägt einen gemeinsamen Termin bei der Tiefbauabteilung vor – unter Hinzuziehung von Herrn Ableiter, bei dem die Rechenwerke erläutert werden können.

**Gegenstand: Platz der Stadt Yavne;  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.08.2013  
Vorlage: 1130/2013**

**Straßen-/Platzbenennung: Platz der Stadt Yavne  
Vorlage: 1059/2013/1**

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende erläutert, dass der zur zurückgestellten Verwaltungsvorlage aus der vergangenen Ratssitzung noch eingegangene Antrag SPD sich mit einem Gespräch überschritten hat, dass zwischen ihm und Frau Spoden stattfand. Dabei wurde angesichts der Eigentumsverhältnisse auch Zustimmung zu einer Benennung des Platzes in "Platz der Alten Synagoge" und Aufwertung des Gedenkplatzes hinter dem Kaufhof signalisiert, wie im letzten Absatz des Antrages auch formuliert. Dies nimmt die Verwaltung als Arbeitsauftrag mit.

Herr Czerny bringt als weitere Anregung für eine Benennung den so genannten "Kleinen St.-Guido-Stifts-Platz" in der Nähe der Synagoge ins Gespräch, der derzeit noch keinen Namen trägt. Dieser Platz müsste aus Sicht des Vorsitzenden jedoch gestalterisch aufgewertet werden, während der Verwaltungsvorschlag eben fertig gestellt wurde; dagegen hätte selbst der Platz hinter dem Kaufhof noch eher einen historischen Bezug.

Frau Münch-Weinmann bittet darum, die Beschlussempfehlung aus der Vorlage 1059/2013/1 zu wiederholen. Es handelt sich dabei nach Auskunft des Vorsitzenden um die neu geschaffene Fläche, die aus der Rückversetzung der Mauer am Weidenberg bis zur Wormser Straße hin entstanden ist; dadurch werden weder Adressänderungen notwendig noch historische Bezüge beeinträchtigt.

Herr Hinderberger wird diesem Vorschlag zustimmen, gibt aber zu Protokoll, dass er die Gestaltung des Platzes als Katastrophe bezeichnet. Die Gestaltung war laut Vorsitzendem in den beschlossenen Planungen mit Gabionen so dargestellt; hätten mehr Mittel zur Verfügung gestanden, wäre sicherlich auch eine aufgewertete Gestaltung möglich gewesen.

Der SPD-Antrag war nach Aussage von Frau Spoden von der Hoffnung geleitet, den Gedenkplatz am Kaufhof etwas aufzuwerten und ihm mehr Würde zu verleihen. Die SPD stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu, nachdem bei den Eigentümern wenig Entgegenkommen zu erwarten war. Sie beantragt eine Beratung im Kulturausschuss über eine Verbesserung des "Platzes der Alten Synagoge".

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den in der Verwaltungsvorlage Nr. 1059/2013/1 (Stadtrat 04.07.2013 – zurückgestellt) vorgeschlagenen, neu entstandenen Bereich am St.-Guido-Stifts-Platz als "Platz der Stadt Yavne" zu benennen.

**Gegenstand:   Unterschutzstellung Industriebhof;  
                  Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 12.08.2013  
                  Vorlage: 1131/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Tochtermann-Bischof führt mit Bezugnahme auf den Ratsbeschluss zur Überplanung des LIDL-Geländes in der mündlichen Begründung aus, dass eine bunte Mischung aus Handwerk, Kunst und Kreativgewerbe im Industriebhof gewachsen ist. Diese einzigartige Struktur gilt es zu erhalten. Die SWG setzt sich für eine Vernetzung mit den Wohn- und Gewerbegebieten in der Umgebung und den B-Plänen im Umfeld ein, um Interessenkollisionen zu vermeiden. Der Antrag ist als Signal auf mögliche Investorenanfrage zu sehen, dass die Stadt nicht nur reagiert sondern für die Zukunft bereits geplant und die Richtung vorgegeben hat.

Der Vorsitzende fasst zusammen, der SWG gehe es also primär um die Unterschutzstellung des gewerblichen Charakters. Eine gewerbliche Struktur kann jedoch denkmalschutzrechtlich nicht geschützt werden. Eine Unterschutzstellung der baulichen Substanz der Industriearchitektur bedarf eines Antrages an das Land und bedeutet Eingriffe in den ausgeübten Gewerbebetrieb.

Die genaue Frage, was jetzt wie baulich unter Schutz zu stellen ist, bzw. wie man alternativ Gewerbevorgaben im Sinne einer Bauleitplanung statt Unterschutzstellung machen kann, sollte nach seiner Auffassung im Bau- und Planungsausschuss beraten werden.

Die BGS begrüßt durch Herrn C. Ableiter prinzipiell die Absicht der SWG, das wertvolle Architekturensemble der frühen Industrialisierung zu erhalten. Dies war bereits bei der Gründung der BGS im ersten Wahlprogramm so formuliert, zur Erhaltung dieses Gründerzentrums. Er warnt jedoch gleichzeitig vor einer Unterschutzstellung als Baudenkmal, weil dann bereits der Anstrich in der gleichen Farbe genehmigungspflichtig wird; damit wird jede Bewegung unterbunden. Man sollte lediglich die bestehende gewerbliche Nutzung festschreiben und ansonsten aber nur die Fassaden schützen, um eine "Erdrösselungsregelung" zu vermeiden.

Frau Ritthaler geht es um eine grundsätzliche Beschlussfassung, dass der Rat das Gelände in der bestehenden Form erhalten will und der Antrag nicht einfach nur in den Bau- und Planungsausschuss abgegeben wird.

Aus Sicht des Vorsitzenden sollte, wenn man nicht einfach nur eine allgemeine Absichtserklärung abgeben will, im Detail darüber beraten werden, welche Möglichkeiten für dieses Vorhaben in der Gesamtplanung bestehen. Er sieht darin auch einen zielgerichteten Arbeitsauftrag für den Ausschuss.

Frau Ritthaler wäre mit dem Beschluss einer Absichtserklärung des Rates als Wegmarke für die Verwaltung einverstanden, fordert aber eine zeitnahe Behandlung im Bau- und Planungsausschuss.

Die SPD bezeichnet den Antrag durch Herrn Feiniler als im Großen und Ganzen gut, rät aber zu einem sensiblen Vorgehen. Der Bau- und Planungsausschuss ist dazu der richtige Fachausschuss. Grundsätzlich spricht sich die Fraktion für eine Erhaltung des Ensembles aus.

Auch Herr Dr. Jung erkennt für die CDU im Grundsatz eine völlige Übereinstimmung im Rat über die Zielsetzung, die man protokollarisch auch festhalten kann. Die Instrumente müssen

jedoch im Einzelnen genau abgewogen werden, um Auswirkungen zu vermeiden, die man eventuell gar nicht so will. Daher könnten z.B. einzelne Objekte tatsächlich unter Denkmalschutz gestellt werden. Die Beratungen sollten im Bau- und Planungsausschuss erfolgen und in einem städtebaulichen Konzept münden.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Bau- und Planungsausschuss bei der erstmaligen Beratung über das Thema zu einem Ortstermin vor Ort einzuberufen.

Herr F. Ableiter regt an, dass man bei Verweisung in den Bau- und Planungsausschuss auch den Verwalter des Industriebhofes dazu einladen muss, der die Binnenstruktur genau kennt. Er erinnert an Probleme im B-Plan Rheinufer-Nord mit Beschwerden über den Industriebhof. Solche Interessenkollisionen sollten bei der Überplanung von Schiffer-Nicklaus und dem LIDL-Gelände vermieden werden. In jedem Fall muss Raum für Kleingewerbetreibende erhalten bleiben, die auch gewerbliche Emissionen verursachen.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass es sich beim Industriebhof um ein Privatgelände handelt und der Eigentümer/Verwalter selbstverständlich dazu eingeladen wird, da ihm das alleinige Hausrecht auf dem Areal zusteht.

Herr Deutsch unterstreicht die Sorge der SWG, dass im Industriebhof etwas passieren könnte, was so nicht gewollt ist. Er wirft die Frage auf, ob es sich dabei um reine Vorsorge vor möglichen Investorenanfragen handelt. Die Diskussion nimmt für ihn schon wieder andere Züge an.

Auch Herr Jaberg unterstreicht den Konsens über die Erhaltenswürdigkeit, aber die Tücke steckt für ihn im Detail. Deshalb fordert er umfassende rechtliche Aufklärung der Stadträte über die Folgen des einzelnen Schutzstatus.

Herr Röbosch erinnert daran, dass der Untergrund sehr stark kontaminiert ist. Dies kann er aus eigener Erfahrung nach 15 Jahren Arbeit dort beurteilen; es gab auch wiederholt Brände, die für die Nachbarschaft eine Gefahr darstellen könnten. Er plädiert dafür, besser nur einzelne Objekte zu schützen.

Für die FDP spricht sich Herr Dr. Jakumeit ebenfalls für den Erhalt des Industriebhofes in der gegenwärtigen Form aus. Die Formulierung des Antrages erscheint ihm jedoch ein Schnellschuss zu sein, der entweder der Sommerpause geschuldet ist, oder die SWG hat Informationen darüber, dass der Eigentümer dort eventuell schon etwas anderes plant.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat spricht sich einstimmig dafür aus, der Abgabe einer Absichtserklärung zur sensiblen Unterschutzstellung des Industriebhofes in der Substanz wie auch in der Nutzung mit Richtung auf Verweisung an den Bau- und Planungsausschuss zur Diskussion und Findung der vom Rat gewünschten Instrumente zuzustimmen.

**Gegenstand: Neubau einer Rettungswache - Information**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Bereiche Rettungswesen und Krankentransporte bisher den Umfang der Größe einer Rettungswache bestimmen. Nach neuesten Erkenntnissen will nun die Europäische Union offenbar in der EU-Dienstleistungsrichtlinie (DLR) die Krankentransporte aus der Quersubventionierung herausnehmen und privatisieren, weil von privaten Dienstleistungsanbietern damit richtig Geld verdient werden kann. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Diskussion um den Zweckverband Tierkörperbeseitigung RLP, den die EU ebenfalls aus ähnlichen Erwägungen zerschlagen und der öffentlichen Hand nur noch die kostspieligen Bereiche überlassen will. Aus diesem Grund steht das Verfahren praktisch wieder am Anfang, weil derzeit nicht abzusehen ist, wie groß eine EU-konforme Rettungswache noch sein muss. Dies betrifft auch die bereits konzipierte integrierte Leitstelle in Ludwigshafen; auch dort muss abgewartet werden, ob die DLR so verabschiedet wird.

Dies bedeutet im Klartext ein weiteres Zuwarten, wie sich die Rechtslage entwickelt, bevor in eine konkrete Planung wieder eingestiegen werden kann. Die zuständige Staatssekretärin Heike Raab, mit der in der kommenden Woche auch ein Gespräch vor Ort stattfindet, erwartet eine entsprechende Stellungnahme aus Brüssel bis Oktober.

Frau Ritthaler bringt als weiteren möglichen Standort das "Haribo-Gelände" in der Waldstraße ins Gespräch. Nach Auskunft des Vorsitzenden wurde der Privateigentümer bereits mehrfach kontaktiert, reagiert bislang aber nicht auf die Anschreiben.

Nach Auffassung von Herrn C. Ableiter geht es primär um die Frage des optimalen Standortes, nicht um die Größe. Der Vorsitzende erwidert, die Größe der künftigen Rettungswache bestimme evident die Frage des künftigen Standortes; auf Rückfrage erklärt er, sie könne maximal so groß werden, wie bisher vorgestellt, wird aber nun wesentlich kleiner erwartet.

**Gegenstand: Prot. Kindertagesstätte Villa Kunterbunt  
Neubau (Kompensationsbau zzgl. Erweiterung):  
Planung und voraussichtliche Kosten  
Vorlage: 1037/2013/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Jaberg möchte wissen, warum es eine kirchliche Einrichtung wird, wenn die Stadt das Gebäude baut und das Personal stellt. Nach Auskunft des Vorsitzenden braucht die Stadt durch die Trägerschaft der Prot. Kirchengemeinde nicht die tägliche Abrechnung zu machen und kann den Bürgerinnen und Bürgern auch freie Träger anbieten. Außerdem zahlen die Kirchen die eine oder andere Summe am Gesamtträgeranteil freier Träger.

Frau Kabs weist darauf hin, dass es eine ganze Reihe vergleichbarer Konstrukte gibt.

Herr Czerny fragt nach einer Folgenutzung für das Areal am Eselsdamm. Das Gebäude wird abgerissen und durch den Kompensationsbau ersetzt.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

Für die 3-gruppige Protestantische Kindertagesstätte Villa Kunterbunt wird eine 4-gruppige Kindertagesstätte auf dem freistehenden Gelände in der Dr.-Eduard-Orth-Straße durch die Stadt Speyer errichtet.

Pro Gruppe wird zur Zeit von Bau- und Ausstattungskosten i.H.v. ca. 350.000,00 €/ Gruppe ausgegangen (Gesamtsumme: ca. 1,4 Mio. €).

Die Bau- und Ausstattungskosten sind durch die Stadtverwaltung Speyer in den Haushalt 2014 einzubringen.

Der Beginn der Baumaßnahmen ist für 2014 vorgesehen.

Der Jugendhilfeausschuss ist fortlaufend über die nächsten Schritte der Umsetzung zu informieren.



**Gegenstand: Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Taxenverkehr in der Stadt Speyer**  
**Vorlage: 1111/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Inkrafttreten der Verordnung (§ 7) auf den 01.10.2013 zu legen, da die Taxiunternehmen ihre Taxameter noch umstellen und eichen lassen müssen.

Herr Dr. Jung kritisiert, dass auch der Ausgangswert für die Erhöhung in der Vorlage stehen sollte und nicht erst aus der Presserecherche entnommen werden muss.

Frau Münch-Weinmann möchte wissen, ob die Erhöhung auch positive Auswirkung auf das Einkommen des fahrenden Personals haben wird. Dies trifft laut Verwaltung nur zu, wenn es sich um Einzelunternehmer handelt, die auf eigene Rechnung fahren.

Die Anpassung erscheint Herrn Dr. Jakumeit angemessen, nachdem die letzte Erhöhung 2008 erfolgte. Er hält die Formulierung in § 3, wonach Kunden ausschließlich mit eingeschaltetem Taxameter befördert werden dürfen, für eine Überregulierung. Nach Auskunft des Vorsitzenden ist es zum Schutz der Kunden rechtlich nicht zulässig, davon abzuweichen.

Herr Czerny wirft die Frage auf, wie sich § 5, Wahl des kürzesten Fahrweges, im Verhältnis zum Befahren der Fußgängerzone auswirkt. Auch hier ist es zum Schutz der Kunden gesetzlich gefordert, den kürzesten verkehrstechnisch zugelassenen Weg zu nehmen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Neufassung der Rechtsverordnung zur Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen in der vorgelegten Fassung einstimmig (bei 1 Enthaltung – Dr. Lorenz, B90/Grüne) zu.

Das Datum des Inkrafttretens (§ 7) wird auf den 01.10.2013 festgelegt.

**Gegenstand: Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Speyer 2013**  
**Vorlage: 1109/2013**

Die Vorlage und die Tischvorlage (Austauschseiten) sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um den 1. Bericht zu diesem Thema handelt. Er äußert die Bitte, daher nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Dies wird bei den darauf aufbauenden Fortschreibungen wichtiger sein. Er verweist auf die Arbeitsphasen, Workshops und die intensive Bürgerbeteiligung.

Dieser Bericht zu einem ur-grünen Thema wird zwar begrüßt, ist laut Herrn Jaberg in Teilen noch sehr vage. Er zeigt sich überrascht, dass dieser nun wie ein Kaninchen aus dem Zylinder gezaubert wurde. Nachhaltigkeit muss nach Auffassung seiner Fraktion auch an die Bürger herangetragen werden. Der Vorsitzende räumt die lange Pause zwischen den Arbeitsphasen und der Berichterstattung durch personelle Ausfälle (Süß-Gehrlein, Eustachi) ein.

Herr C. Ableiter hat einen redaktionellen, aber wichtigen Hinweis. Er kritisiert, dass einige Grafiken in der gedruckten Vorlage nicht lesbar, weil nicht farbig und kontrastarm sind. Der Vorsitzende verweist auf den Ratsbeschluss zur Verwendung von Recyclingpapier und schwarz-weiß-Druck. Die Unterlagen sind im Ratsinformationssystem und auf der Webseite der Stadt farbig nachzulesen.

Frau Seiler hingegen spricht seitens der SPD-Fraktion ihren Dank an die Verfasserinnen des Berichtes aus. Sie hält es aber für wichtig, ein integriertes Berichtswesen zu entwickeln, in dem Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Verkehrsentwicklung etc. zusammenfließen. Der Vorsitzende verweist darauf, dass diese Zusammenfassung für das Stadtmarketing bereits vorgesehen ist.

Frau Seiler möchte weiterhin wissen, wann der VEP voraussichtlich vorliegen wird. Der Vorsitzende sichert zu, dass der Entwurf in jedem Fall noch 2013 fertig wird.

Der Nachhaltigkeitsbericht wird ansonsten vom Rat zustimmend zur Kenntnis genommen.

38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.08.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand:   Bebauungsplan Nr. 19 D "Alte Ziegelei" (Erlus-Gelände)  
                  hier: Information über den Stand der Planungen und der  
                  Projektentwicklung zum Gelände der alten Ziegelei  
                  Vorlage: 1124/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass es zu der übersandten Vorlage derzeit keine weiteren signifikanten Informationen zu berichten gibt, da sich der angekündigte städtebauliche Vertrag noch immer in der Bearbeitungsphase befindet. Er teilt mit, dass es zur erneuten Offenlage 11 Stellungnahmen gab, davon 4 von Wohnungsinteressenten.

**Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 034 A "Paul-Egell-Straße"**  
**hier:**  
**Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**  
**und der förmlichen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher**  
**Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß**  
**§ 10 Abs. 1 BauGB**  
**Vorlage: 1115/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die mehrheitliche Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses, obwohl Kritik formuliert wurde, da von Teilen der Mitglieder ein Festhalten an der ursprünglich geplanten GEWO-Bebauung gewünscht wurde.

Herr Feinler bekräftigt nochmals die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion. Nach dortiger Ansicht sollte am ursprünglichen Beschluss des GEWO-Aufsichtsrates festgehalten werden, um kostengünstigen Wohnraum für junge Familien zu schaffen. Hier wird wieder eine Chance dafür vertan, daher lehnt die SPD den B-Plan ab. Der Vorsitzende entgegnet, die neue Planung schaffe im Gegenzug aber auch neue Mietangebote, die es so in Speyer bisher nicht gibt.

Dies unterstreicht auch Herr C. Ableiter; es werden in den kommenden 15-20 Jahren jede Menge altersgerechte Wohnungen gebraucht, daher stimmt die BGS-Fraktion der Planung zu. Er sieht Chancen für junge Familien im großen Umfang auf dem Gelände der Kurpfalzkasernen realisierbar.

Herr Dr. Jung hebt hervor, dass die andere Straßenseite an der Paul-Egell-Straße für junge Familien ohnehin interessanter sei, weil dahinter noch Freiraum zur Verfügung steht und keine Bundesstraße liegt. Auch die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, auf dem Kasernengelände eine gemischte Bebauung herzustellen.

Nach Ansicht von Herrn Jaberg ist es heutzutage kaum mehr möglich, kostengünstig zu bauen. Ältere Menschen, die später dieses Angebot nutzen und umziehen werden, machen im Stadtgebiet wertvollen Wohnraum für Familien frei. Er kündigt daher für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung an. Der Vorsitzende unterstreicht, dass schon die Bodenpreise in Speyer inzwischen günstiges Selbstbauen verhindern.

Frau Seiler möchte gerne die Wege nachvollziehen, wie die GEWO an die Fa. Pamina gekommen ist. Außerdem will sie wissen, ob es mehrere Mitbewerber gab. Nach Auskunft des Vorsitzenden ist die Fa. Pamina mit dem neuen Angebot von Miet-Seniorenwohnung an die Stadt herangetreten, erst danach wurde Kontakt mit GEWO wegen möglicher Flächen hergestellt.

### **Beschluss:**

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses fasst der Stadtrat mehrheitlich (bei 9 Gegenstimmen – SPD-Fraktion) folgende Beschlüsse:

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) vorgetragenen Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans wird gefolgt.
2. Der vorliegende Entwurf zum Bebauungsplan einschließlich Begründung wird gebilligt.

3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden gemäß § 88 LBauO als Satzung über „Örtliche Bauvorschriften“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 034 A „Paul-Egell-Straße“ beschlossen.
4. Die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 88 LBauO in den Bebauungsplan Nr. 034 A „Paul-Egell-Straße“ integriert.
5. Der Rat der Stadt Speyer beschließt den Bebauungsplan Nr. 034 A „Paul-Egell-Straße“ gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Satzung auszufertigen und den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.
7. Der Flächennutzungsplan ist nach § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen (vgl. Formblatt in der Anlage).

38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.08.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

---

**Gegenstand: Besetzung des Stiftungsrats und des Stiftungsvorstandes der Stiftung der Stadt Speyer für Bildung und Sport**  
**Vorlage: 1114/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt auf mündlichen Vorschlag der Fraktionen einstimmig folgende Personen in den Stiftungsrat bzw. den Stiftungsvorstand der Stiftung der Stadt Speyer für Bildung und Sport:

**Stiftungsrat:**

CDU: Michael Wagner  
Gerlinde Görger

SPD: Christian Bischof

SWG: Christine Ritthaler

Bündnis 90/Die Grünen: Johannes Jaberg

**Stiftungsvorstand:**

Stadt Karl-Heinz Zech (Stadtkämmerei)

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen (Tischvorlage)**  
**Vorlage: 1133/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Feiniler korrigiert, dass der Vorname von Frau Queisser Martina lautet.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion:

| <b>Gremium:</b>            | <b>Mitglied:</b>   | <b>Stellvertreter(in):</b>   |
|----------------------------|--|--|
| Jugendhilfeausschuss (12.) | <b>neu:</b><br>Frank Arbogast<br>Königsberger Str. 3<br><i>(bisher: Stv. M. Queisser)</i><br><b>für</b><br>Stefanie Seiler | unverändert<br><i>(Gertrud Löffler)</i>  |
| Jugendhilfeausschuss (12.) | unverändert<br><i>(Martina Queisser)</i>   | <b>neu:</b><br>Stefanie Seiler<br><i>(bisher: Mitglied)</i><br><b>für</b><br>Frank Arbogast<br><i>(jetzt: Ordentl. Mitglied)</i> |

2. Auf Vorschlag des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche der Pfalz (DPWV):

| <b>Gremium:</b>            | <b>Mitglied:</b>  | <b>Stellvertreter(in):</b>   |
|----------------------------|---|--|
| Jugendhilfeausschuss (12.) | <b>weitere stimmberechtigte Mitglieder</b><br><b>Wohlfahrtsverbände, frei Träger der Jugendhilfe – Diak. Werk</b> |  |
|                            | unverändert<br><i>(Rolf Schüler-Brandenburger)</i>  | <b>neu:</b><br>Alina Kopetzki<br>Beratungsstelle des<br>Diakonischen Werkes<br>Ludwigstraße 30<br>67346 Speyer<br><b>für:</b><br>Hans-Albert Anstett |

3. Auf Vorschlag des Jugendstadtrates:

| Gremium:                   | Mitglied:   | Stellvertreter(in):   |
|----------------------------|---|---|
| Jugendhilfeausschuss (12.) | <b>beratende Mitglieder<br/>Jugendstadtrat / Stadtschülervertretung</b> |   |
|                            | unverändert<br><i>(Peter Erhard)</i>                                    | <b>neu:</b><br>Chong Zhang<br>Petschengasse 3<br><br><b>für:</b><br>Lucas Schröer<br><i>(jetzt Mitglied, BGS)</i> |



38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.08.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

---

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO  
(Tischvorlage)  
Vorlage: 1132/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.08.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

---

**Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern**

Fragen und Anregungen von Bürgern liegen nicht vor.

38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 22.08.2013



38. Sitzung des Stadtrates 22.08.2013 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!